

## CETA auf der Kippe

EU-Gipfel will das Abkommen mit Kanada bis Freitag durchsetzen. Seite 2

## Fremde auf dem Mars

Das Testmodul »Schiaparelli« erreichte den roten Planeten. Seite 20

## Gehasst, gefeiert

Einst wurde sie beschimpft und verachtet, heute wirbt Österreich stolz mit »seiner« Literaturnobelpreisträgerin. Elfriede Jelinek wird 70. Seite 17



Foto: 123rf/Isunoo



Foto: imago/Leemage

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Donnerstag, 20. Oktober 2016

71. Jahrgang/Nr. 246

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

### STANDPUNKT

## Das Prinzip Schwuppdwupp

Simon Poelchau wundert es nicht, dass AKW-Betreiber nur halb haften

Das Verursacherprinzip ist eigentlich ganz einfach. Es besagt, dass diejenigen, die einen Schaden verursachen, auch die Kosten für dessen Beseitigung übernehmen. Doch wie es leider so mit Prinzipien ist, haben sie im Alltag selten Bestand. Das gilt auch in der hohen Politik.

So wurde in Sachen Folgekosten der Atomkraft lang und breit versichert, dass die Gesellschaft nicht haften werde. Es dürfe keine »Bad Bank« für Kernkraftwerke geben, wurde auf die Finanzkrise von 2008 angespielt, als die Verluste der Banken der Gesellschaft aufgebürdet worden waren. Doch dann kam leider der Sachzwang daher. Die Betreiber der Kernkraftwerke, die jahrelang mit der staatlich aufgepöppelten strahlenden Energiegewinnung kräftig Kohle gemacht haben, sollen jetzt so sehr durch die Energiewende unter Druck geraten sein, dass sie die Folgekosten für ihre radioaktiven Kraftwerke nicht selber tragen können. Und vermutlich stimmt das sogar. Schwuppdwupp entlässt die Bundesregierung sie also mit ihrem am Mittwoch verabschiedeten Gesetzesentwurf aus einem großen Teil der Verantwortung, indem nun der Bund für die Endlagerung des Atommülls sorgen soll.

Schwuppdwupp wird also das Verursacherprinzip über Bord geworfen, weil nicht mehr die Konzerne als Verursacher des Atommülls für alles haften sollen. Doch überraschend ist diese Umkehrung nicht, denn das Prinzip Schwuppdwupp hat in Regierungen schon recht lange Bestand.

### UNTEN LINKS

Tausende **Riesenfrösche**, die weltweit einzigen ihrer Art, sterben derzeit am Titicacasee. Schuld ist die Verschmutzung peruanischer Gewässer. Das ist ein schwerer Schlag für die Artenvielfalt, aber auch für die Märchenwelt. Bekanntlich wirkt der Kuss einer schönen Maid im Fall des Frosches oft Wunder, was bei einem Körpergewicht des Teltmatobius von bis zu einem Kilogramm für prachtvolle Prinzenexemplare sorgen dürfte. Umso dringlicher erscheint die Rettung der Tiere, weil auch die Gattung des Prinzen immer wieder unnatürliche Verluste erleidet – erst jüngst durch eine Hinrichtung in Saudi Arabien. Der Jungherrscher war des Mordes überführt, was auch bei Prinzen seltener toleriert wird als zu den Zeiten, als die Märchen entstanden. Und zur Frage führt, wie nicht nur der Riesenfrosch vom Titicacasee, sondern auch die Prinzenheit gerettet werden kann. Ein erster Schritt könnte in beiden Fällen sein, der fortschreitenden Trübung aller Wässerchen zu begegnen. *uka*

## Der Staat bekommt den Müll

Kabinettnimmt AKW-Konzerne aus der Haftung für Zwischen- und Endlagerung



Foto: ddp/Timur Emek

Berlin. Deals mit den großen Energiekonzernen sind eine heikle Sache. Besonders für die Grünen, die wie keine andere Partei für die Energiewende, für eine Welt vor allem auch ohne Atomkraft stehen. Nun musste ausgerechnet einer ihrer profiliertesten Politiker, Jürgen Trittin, mit den Konzernen über die Folgekosten der Atomenergie verhandeln. Der Ex-Bundesumweltminister leitet zusammen mit Matthias Platzeck und Ole von Beust die Atomkommission.

Deren Vorschläge übernahm die Bundesregierung nun im Wesentlichen für ihren Gesetzesentwurf zur Neuregelung der Atomfolge-

kosten. Diesen billigte am Mittwoch das Kabinettn. Er sieht vor, dass die AKW-Betreiber sich zumindest bei der Zwischen- und Endlagerung des strahlenden Abfalls freikaufen können. Etwa 17,4 Milliarden Euro aus ihren Rückstellungen plus einen Risikoaufschlag von fast 6,2 Milliarden Euro zahlen die Konzerne dafür an einen staatlichen »Entsorgungsfonds«.

»Das Verursacherprinzip, nämlich dass diejenigen, die mit Atom Geld verdient haben, das zu bezahlen haben, dass der Müll beseitigt wird, das haben wir mit dem heutigen Tag viel besser gesichert, als es vorher der Fall gewesen ist«, verteidigte Trittin nun im »Morgenmagazin« den Deal. Doch auch innerhalb der Bundestagsfraktion seiner Partei hat man Bauchschmerzen mit dem Gesetz: »Der Gesetzesentwurf der Bundesregierung geht in die richtige Richtung, enthält aber noch Defizite«, sagt deren atompolitische Sprecherin, Sylvia Kottling-Uhl. So kämen die Rechte des Parlaments zu kurz. Auch will sie, dass die Atomkonzerne »sämtliche Klagen im Atombereich endlich fallen lassen«.

Es könnte also vielleicht noch mal spannend werden im Bundesrat, der das Gesetz absegnen muss und in dem die Grünen oft Zünglein an der Waage sind. *nd* Seite 9

Es könnte also vielleicht noch mal spannend werden im Bundesrat, der das Gesetz absegnen muss und in dem die Grünen oft Zünglein an der Waage sind. *nd* Seite 9

## Keine Grenzen für Medikamente

Europäischer Gerichtshof sieht bei deutscher Preisbindung EU-Recht verletzt

Ein rezeptpflichtiges Arzneimittel kostet in Deutschland überall gleich viel. Nach einem EuGH-Urteil steht die Preisbindung in ihrer aktuellen Form auf der Kippe.

Luxemburg. Ein wegweisendes Urteil des Europäischen Gerichtshofs wirbelt den deutschen Apothekenmarkt auf. Die Preisbindung für rezeptpflichtige Medikamente schränken den grenzüberschreitenden freien Warenverkehr ein und verstoße damit gegen EU-Recht, urteilten die Luxemburger Richter am Mittwoch (Rechtssache C-148/15). Von einem Preiswettbewerb könnten hingegen die Patienten profitieren, hieß es.

Pharmaunternehmen können nach bestehender Gesetzeslage selbst festlegen, zu welchen Preisen sie Arzneimittel an Apotheken und Großhändler in Deutschland abgeben. Diese dürfen dann jedoch nur einheitlich festgeschriebene Zuschläge erheben.

Dadurch kostet ein jeweiliges verschreibungspflichtiges Arzneimittel überall in Deutschland das selbe. An die einheitlichen Abgabepreise müssen sich aktuell auch Versandapotheken mit Sitz im EU-Ausland halten. Da der grenzüberschreitende Warenverkehr – auch mit rezeptpflichtigen Medikamenten – EU-Recht berührt, war nun der EuGH mit dem Fall befasst. Die Preisbindung für Medikamente, die innerhalb Deutschlands vertrieben werden, fällt hingegen allein in die nationale Zuständigkeit.

Die Regelung könne Anbietern aus anderen EU-Ländern den Zugang zum deutschen Markt erschweren, befanden die Richter nun. Grundsätzlich könne zwar eine Beschränkung des freien Warenverkehrs mit dem Schutz der Gesundheit und des Lebens gerechtfertigt werden, doch die Preisbindung sei dazu nicht geeignet.

In einer ersten Reaktion teilte das Gesundheitsministerium mit,

die Preisbindung sei nach dem Urteil nicht mehr auf Versandapotheken im EU-Ausland anwendbar. Konsequenzen würden nun geprüft. Priorität habe für die Bundesregierung indes ein flächendeckendes Apotheken-Netz. Nach Angaben des Bundesgesundheitsministeriums ist ein Ziel der Preisbindung zu verhindern, dass Medikamente zu teuer und Krankenkassenbeiträge unbezahlbar werden.

Die Richter erklärten hingegen, es sei nicht nachgewiesen worden, inwiefern durch eine Festlegung einheitlicher Preise eine flächendeckende Verteilung traditioneller Apotheken in Deutschland gefördert würde. Vielmehr könne ein Preiswettbewerb auch Anreize zur Niederlassung in Gegenden bieten, in denen wegen der geringeren Zahl an Apotheken höhere Preise verlangt werden könnten.

Die Unions-Bundestagsfraktion brachte bereits ein »Versandhandelsverbot für deutsche Arznei-

mittel« in die Diskussion. »Für die inhabergeführten Apotheken dürfen in Deutschland aufgrund des Urteils keine Wettbewerbsnachteile entstehen«, begründete die gesundheitspolitische Sprecherin, Maria Michalk (CDU), ihren Vorstoß. Die LINKE-Gesundheitsexpertin Kathrin Vogler kritisierte, das Urteil bedeute »eine Stärkung des Versandhandels und bedroht nicht zuletzt Apotheken auf dem Lande«. *Agenturen/nd*

### Lesen Sie auf Seite 10 Gesund leben

Ob Gojibeere oder Chiasamen: Superfood soll schmecken und gleichzeitig heilen. Vor allem aber füllt es die Kassen der Hersteller.

## Rechter Terror gegen Geflüchtete

Bundeskriminalamt: Fast 800 Angriffe

Berlin. Seit Jahresbeginn hat es in Deutschland nach Angaben des Bundeskriminalamts (BKA) fast 800 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte gegeben. Bis Mitte Oktober wurden demnach 797 solcher Straftaten registriert. »Rechtlich motivierte Täter sind für 740 dieser Übergriffe verantwortlich«, teilte das BKA am Mittwoch mit. Bei 57 Delikten könne eine politische Motivation noch nicht sicher ausgeschlossen werden. Demnach gab es bis zum Stichtag am 17. Oktober 320 Fälle von Sachbeschädigung und 180 Propagandadelikte. Zudem wurden 137 Straftaten gezählt, bei denen die Angreifer Gewalt anwendeten.

Dem Bundeskriminalamt zufolge gab es bis Mitte Oktober zudem 61 Brandstiftungen und zehn Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz. In vier Fällen kam es zu Sprengstoffexplosionen. Den Zahlen zufolge kam es 2015 zu einem sprunghaften Anstieg der Straftaten gegen Asylunterkünfte. Im vergangenen Jahr zählte das BKA 1031 solcher Straftaten. In den Jahren 2014 und 2013 wurden 199 beziehungsweise 69 Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte registriert. *AFP/nd*

## Annäherung an Rot-Rot-Grün

Union empört über Parteientreffen

Berlin. Die CSU attackiert SPD-Chef Sigmar Gabriel wegen dessen zeitweiliger Teilnahme an einem Gespräch von Politikern von SPD, Grünen und Linkspartei. »Als Vizekanzler geht man zu so einem Treffen nicht«, sagte CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer am Mittwoch in Berlin. Dies seien Dinge, »wo man, wenn man Anstand hätte, eigentlich den Dienst quittieren müsste«. Scheuer kritisierte, dass die Beteiligten keine Scheu davor hätten, in einer laufenden Legislaturperiode erste Sondierungsgespräche zu führen – und das mit dem Segen des SPD-Vorsitzenden. Knapp 100 Politiker von SPD, LINKER und Grünen hatten sich am Vorabend getroffen, um Gemeinsamkeiten für ein Bündnis nach der Bundestagswahl 2017 auszuloten. CDU-Generalsekretär Peter Tauber sagte, ein rot-rot-grünes regiertes Deutschland wäre ein »Stabilitätsrisiko für Europa und die Welt«. »Die LINKE ist eine rote AfD – sie will raus aus dem Euro und bezeichnet die NATO als Kriegstreiber«, sagte Tauber der Funke Mediengruppe. Der SPD warf er Orientierungslosigkeit vor. *Agenturen/nd* Seiten 4 und 5

## Mossul-Angreifer melden Erfolge

Karakosch noch immer umkämpft

Mossul. Zwei Tage nach Beginn der Offensive auf die nordirakische IS-Hochburg Mossul meldete die Armee weitere Geländegewinne. Einheiten des Militärs hätten den Ort Kani Harami rund 40 Kilometer südwestlich von Mossul eingenommen, erklärte am Mittwoch ein Offizier der Armee, der ungenannt bleiben wollte. Auch die kurdische Nachrichtenseite Rudaw berichtete darüber. Irakische Sicherheitskräfte und kurdische Peschmerga hatten am Montag eine Offensive begonnen, mit der Mossul aus der Gewalt der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) befreit werden soll. Die Angreifer nahmen in den ersten beiden Tagen der Operation östlich und südwestlich von Mossul nach eigenen Angaben mehrere Dörfer ein.

Zugleich gingen die Kämpfe um die früher vor allem von Christen bewohnte Stadt Karakosch weiter, obwohl die Armee sie am Vortag für erobert erklärt hatte. Der Sender Al-Dschasira meldete, das Militär sei wegen Scharfschützen zum Rückzug gezwungen gewesen. Das Militär durchkämmte die Region, hieß es. *Agenturen/nd* Seite 3

ISSN 0323-3375



4 198662 501709